

Herrn Landeshauptmann
Mag. Markus Wallner
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, 18. September 2023

Begehrlichkeiten und Interventionen **aufgrund von Inseratenschaltungen?** **Den ÖVP-Wirtschaftsbund-Skandal** **endlich restlos aufklären!**

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,

erneut beschäftigt der ÖVP-Wirtschaftsbund-Skandal die Öffentlichkeit. So wird in der „NEUE am Sonntag“ vom 17. September 2023 über mindestens zwei fragwürdige Schriftstücke berichtet, die vom ehemaligen ÖVP-Wirtschaftslandesrat Karlheinz Rüdissler veraktet worden sein sollen.¹ Die beiden Schreiben aus dem Jahr 2015 sollen vom damaligen Geschäftsführer von SPAR Vorarlberg sowie von zwei Seilbahnunternehmen aus Lech stammen und waren – so der Zeitungsbericht – an den Vorarlberger ÖVP-Wirtschaftsbund gerichtet. Dessen damaliger Geschäftsführer Walter Natter soll die Schreiben an Ihren damaligen Landesstatthalter Karlheinz Rüdissler, der eben auch für die Wirtschaftsagenden der Landesregierung zuständig war, weitergeleitet haben – und zwar direkt an sein Büro im Landhaus.

Dies ist insofern bemerkenswert, als dass der von der „NEUE“ geschilderte Inhalt der Nachrichten im Zusammenhang mit Rüdisslers Funktion als Landesrat mehr als brisant ist. So scheint sich der SPAR-Geschäftsführer über den „fehlenden Rückhalt“ des ÖVP-Wirtschaftsbundes bei der Messeparkenerweiterung beschwert zu haben; als Konsequenz habe er angekündigt, so der Medienbericht, dass das Unternehmen deshalb die Inseratenschaltungen im Magazin des ÖVP-Wirtschaftsbundes einstellen werde.

Brisant ist auch das Schreiben der Seilbahnunternehmen, das ebenfalls an das Landesratsbüro von Karlheinz Rüdissler weitergeleitet worden sein soll und neben einem Inserat für das lukrative Zentralorgan des ÖVP-Wirtschaftsbundes eine Liste mit noch nicht umgesetzten Projekten beinhaltet habe. Tatsächlich hat Ihre Landesregierung im Jahr 2017 das Naturschutzgebiet

¹ „Spar und Seilbahnen inserierten bei Wirtschaftsbund mit Kalkül“, Moritz Moser, NEUE am Sonntag vom 17. September 2023

„Gipslöcher“ in Lech zugunsten von Seilbahnprojekten verkleinert, was wiederum wenige Jahre später vom Verfassungsgerichtshof kassiert wurde.

Einmal mehr steht damit der Vorwurf im Raum, dass durch Inseratenschaltungen im Magazin des ÖVP-Wirtschaftsbundes einzelnen Unternehmen Vorteile durch politische Einflussnahme vonseiten der Landesregierung gewährt wurden – was Sie bislang immer kategorisch abgestritten haben.

Seit beinahe zwei Jahren beschäftigt der ÖVP-Wirtschaftsbund-Skandal die Öffentlichkeit. Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger erwarten sich eine restlose Aufklärung. Bislang ist allerdings der Eindruck entstanden, dass Sie und Ihre Partei immer nur gerade das zugeben, was sich nicht mehr verbergen lässt. Dafür gibt es in der Bevölkerung kein Verständnis mehr. Während das Leben in Vorarlberg einfach viel zu teuer geworden ist und man sich Lösungen dafür erwartet, konzentriert sich ein nicht unwesentlicher Teil der Energie der Landesregierung auf das „Management“ dieses ÖVP-Skandals, anstatt ihn endlich aktiv aufzuklären.

Um Ihnen erneut die Möglichkeit zu geben, zu dieser Aufklärung beizutragen und um zu erfahren, was die Hintergründe zum geschilderten Sachverhalt sind, richten wir gem. § 54 der Geschäftsordnung folgende

A n f r a g e

an Sie:

1. Ihr ehemaliger Wirtschaftslandesrat Karlheinz Rüdissler behauptete im Mai 2022, dass es während seiner Zeit als für Wirtschaft zuständiges Regierungsmitglied „keine wie immer gearteten Interventionen – weder vom Wirtschaftsbund noch von den genannten Unternehmen – in der Form gegeben (hat), dass Inseratenschaltungen mit Begehrlichkeiten rund um Betriebserweiterungen verknüpft worden sind.“² Wie erklären Sie sich, dass es während seiner Zeit als für Wirtschaft zuständiges Regierungsmitglied Interventionen in der Form gegeben haben soll, wie dies der erwähnte Artikel in der „NEUE am Sonntag“ vom 17. September 2023 dokumentiert?
2. Wie, wann und in welchem exakten Wortlaut wurden die im genannten Artikel erwähnten Schreiben des SPAR-Geschäftsführers sowie der Seilbahnunternehmen aus Lech beantwortet und durch wen erfolgte die Beantwortung?
3. Wie erklären Sie als Landeshauptmann sowie ÖVP-Obmann und damit auch Verantwortlicher für die Teilorganisationen der ÖVP wie den Wirtschaftsbund, dass dessen damaliger Direktor Anliegen, die mit der Schaltung von Inseraten verknüpft waren, direkt an das Büro des für Wirtschaft zuständigen Landesrates weitergeleitet hat?
4. Wie erklären Sie, dass in den erwähnten Fällen (SPAR und Seilbahnunternehmen) die Inserenten offenbar davon ausgingen, dass Inseratenschaltungen im Magazin des

² Zitiert nach: „Inseratenaffäre: Häufungen von Anzeigen um Umwidmungen“, Christian Willim im „Kurier“ vom 21. Mai 2022

ÖVP-Wirtschaftsbundes Beschlüsse bzw. eine Regierungspolitik zugunsten dieser Unternehmen zur Folge haben sollten?

5. Wie ist der Wortlaut des genannten Schreibens des SPAR-Geschäftsführers?
6. Wie ist der Wortlaut des genannten Schreibens der Seilbahnunternehmer aus Lech und welche Projekte wurden auf der beigefügten Liste genannt?
7. Gibt es im Landesarchiv weitere veraktete Schreiben, in denen Inserate im Magazin des ÖVP-Wirtschaftsbundes erwähnt werden? Wenn ja, von wem stammen diese, an wen sind sie gerichtet und wie ist ihr Wortlaut?
8. Gibt es darüber hinaus derartige Schreiben an Regierungsmitglieder, die noch nicht archiviert wurden? Wenn ja, von wem stammen diese, an wen sind sie gerichtet und wie ist ihr Wortlaut?
9. Seit wann wissen Sie von den in Fragen 5, 6, 7 und 8 abgefragten Schreiben?
10. In wie vielen Fällen gab es aufgrund von Inseratenschaltungen Interventionen von Unternehmen bei Regierungsmitgliedern bzw. deren Büros in jedweder Form (z.B. Gespräche, Anrufe, Textnachrichten, Briefe, E-Mails etc.), die mit Begehrlichkeiten rund um Betriebserweiterungen verknüpft sind bzw. waren? Von wem gingen diese Interventionen aus und wie haben die entsprechenden Regierungsmitglieder bzw. deren Büros und Abteilungen in ihrem Verantwortungsbereich sowie die Landesregierung darauf reagiert?
11. Aus welchem Grund wurden die Schreiben, die im Artikel der „NEUE am Sonntag“ erwähnt wurden, veraktet? Wer hat diesen Prozess veranlasst?
12. Seit wann wissen Sie von den in Frage 10 abgefragten einzelnen Interventionen?
13. In wie vielen Fällen erfolgte aufgrund von Inseratenschaltungen von Unternehmen ein Regierungsbeschluss zugunsten dieser Unternehmen? Mit der Bitte um tabellarische Auflistung und der Dokumentation des Quorums der Abstimmung.
14. Erfolgte die Abstimmung zur Verkleinerung des Naturschutzgebietes „Gipslöcher“ in der Landesregierung einstimmig? Wenn nein, wie viele Stimmen waren dagegen und auf welche Fraktionen waren die Für- und Gegenstimmen aufgegliedert?
15. Die Sonderprüfung des ÖVP-Wirtschaftsbundes durch das Unternehmen „BDO“ hat ergeben, dass die Inseratenerlöse des Wirtschaftsbund-Magazins insgesamt die unglaubliche Summe von 4,308 Mio. Euro betragen haben.³ Schon vor der Bekanntgabe dieser Zahl war der öffentliche Druck bereits so groß, dass Sie am 1. April 2022 als „klare Konsequenz“ angekündigt haben, dass es kein Magazin des Wirtschaftsbundes mehr geben werde.⁴ Gerade einmal etwas mehr als ein Jahr später ignoriert der neue Wirtschaftsbunddirektor Christoph Thoma Ihr Versprechen und kündigt an, dass es eine neues Magazin geben werde.⁵ Was beurteilen Sie als wichtiger: Dass Sie als Landeshauptmann und ÖVP-Obmann Wort halten und damit eine mögliche „Inseratenkorruption“ strukturell ausschließen, oder dass aufgrund der Gier des ÖVP-Wirtschaftsbundes nach weiteren Einnahmen erneut ein Magazin publiziert wird?
16. Wie können Sie ausschließen, dass es über Inserate bzw. die Kanäle des ÖVP-Wirtschaftsbundes zu einer indirekten Parteienfinanzierung kommt?
17. Wurden die von der „NEUE am Sonntag“ erwähnten Schreiben des SPAR-Geschäftsführers sowie der Seilbahnunternehmen aus Lech im Zuge der Ermittlungen gegen

³ „Wirtschaftsbund-Prüfer: Generöser Umgang mit Geld“, ORF online am 26. Juli 2022, Aufgerufen am 17. September 2023

⁴ „Wallner: Wirtschaftsbund-Zeitung wird eingestellt“, Max Müller in der „Kleine Zeitung“ (online) vom 1. April 2022, Aufgerufen am 17. September 2023

⁵ „Wirtschaftsbund plant neues Magazin“, ORF online am 8. August 2023, Aufgerufen am 17. September 2023

- Sie, Landesrat Marco Tittler und Karlheinz Rüdissler an die WKStA übermittelt bzw. ist deren Existenz und Inhalt der WKStA bekannt? Wenn nein, warum nicht?
18. Wurden etwaige Interventionen, die in Frage 10 abgefragt werden, im Zuge der Ermittlungen gegen Sie, Landesrat Marco Tittler und Karlheinz Rüdissler an die WKStA übermittelt bzw. ist deren Existenz und Inhalt der WKStA bekannt? Wenn nein, warum nicht?
 19. Wurden jene Interventionen, die der genannte Artikel in der „NEUE am Sonntag“ beschreibt sowie allfällig solche, die in Frage 10 abgefragt werden, zur Anzeige gebracht? Wenn ja, von wem und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?
 20. Gibt es vonseiten der Landesregierung eine klar definierte und für Regierungsmitglieder und deren Mitarbeitende verbindliche Vorgehensweise, wie mit Begehrlchkeiten bzw. Interventionen im Zusammenhang mit Inseraten und Spenden umzugehen ist? Wenn ja, seit wann gibt es diese, wie sieht diese aus und in welchen Fällen und von wem wurde diese Vorgehensweise bereits konkret angewandt? Wenn nein, warum nicht?
 21. Der ÖVP-Wirtschaftsbund definiert sich klar als Interessensvertretung seiner (ÖVP-) Mitglieder und betreibt in diesem Zusammenhang für diese auch eindeutig Lobbying. Halten Sie es angesichts der dokumentierten Möglichkeiten von Interventionen in diesem Ausmaß tatsächlich für vertretbar und vereinbar, dass der Obmann des ÖVP-Wirtschaftsbundes zugleich auch ausgerechnet Landesrat für das Wirtschaftsressort ist?
 22. Gab es in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 Termine bzw. Gespräche von Regierungsmitgliedern und/oder deren Mitarbeitenden mit Vertreter:innen von SPAR und/oder den bereits erwähnten Seilbahnunternehmen aus Lech? Wenn ja, wann und wo fanden diese Termine bzw. Gespräche jeweils statt, wer hat daran teilgenommen und worin bestand der Inhalt? Mit der Bitte um detaillierte Auflistung.

Mit bestem Dank für eine ausführliche Beantwortung,

LAbg. Manuela Auer

Bregenz, am 9. Oktober 2023

Frau
LAbg. Manuela Auer
SPÖ Landtagsklub
im Wege der Landtagsdirektion
6900 Bregenz

Betreff: Begehrlichkeiten und Interventionen aufgrund von Inseratenschaltungen? Den ÖVP-Wirtschaftsbund-Skandal endlich restlos aufklären!
Anfrage vom 18.9.2023, Zl. 29.01.443

Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete,

Anerkennend der grundlegenden Bedeutung der parlamentarischen Interpellation sind auch deren Grenzen zu beachten: Das Fragerecht kann nicht weiter als der Verantwortungsbereich des kontrollierten Organs reichen. Weiters muss es sich um Gegenstände der Vollziehung handeln, weshalb Fragen nach Meinungen, Mutmaßungen sowie Einschätzungen (politischer Natur) nicht vom parlamentarischen Interpellationsrecht umfasst sind.

Ihre gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages übermittelte Anfrage beantworte ich deshalb im Einvernehmen mit Landesrat Mag. Marco Tittler, hinsichtlich der Frage 22 im Einvernehmen mit Landesstatthalterin Dr. Barbara Schöbi-Fink, Landesrätin Martina Rüscher, MBA MSc., Landesrat Mag. Marco Tittler, Landesrätin Katharina Wiesflecker und Landesrat Christian Gantner wie folgt. Die Fragen 15-18 werden außerparlamentarisch beantwortet.

- 1. Ihr ehemaliger Wirtschaftslandesrat Karlheinz Rüdissler behauptete im Mai 2022, dass es während seiner Zeit als für Wirtschaft zuständiges Regierungsmitglied „keine wie immer gearteten Interventionen – weder vom Wirtschaftsbund noch von den genannten Unternehmen – in der Form gegeben (hat), dass Inseratenschaltungen mit Begehrlichkeiten rund um Betriebserweiterungen verknüpft worden sind.“ Wie erklären Sie sich, dass es während seiner Zeit als für Wirtschaft zuständiges Regierungsmitglied Interventionen in der Form gegeben haben soll, wie dies der erwähnte Artikel in der „NEUE am Sonntag“ vom 17. September 2023 dokumentiert?**

Einschätzungen, inwieweit sich Darstellungen in zwei Zeitungsartikeln widersprechen, sind nicht Gegenstand der parlamentarischen Interpellation. Gleiches gilt für die Einschätzung, wie andere Personen den Inhalt von Schreiben beurteilen.

Verwaltungshandeln erfolgt im Rahmen der Gesetze. Förderungen, Genehmigungen und Bewilligungen beruhen auf einer gesetzlichen Grundlage bzw. ordentlichen, unparteiischen Verfahren. Auch die Landesregierung, der alle diese Handlungen zuzurechnen sind, muss unparteiisch agieren. Ein unrechtmäßiges Verwaltungshandeln aufgrund einer „Intervention“ ist mir nicht bekannt. Dem damaligen Wirtschaftslandesrat wurde lediglich der Schriftverkehr zwischen den genannten Unternehmen und dem Wirtschaftsbund zur Kenntnis gebracht.

Im Übrigen wird hier auf die Anfragenbeantwortung an die SPÖ vom 15.06.2022, Zl. 29.01.316, verwiesen.

- 2. Wie, wann und in welchem exakten Wortlaut wurden die im genannten Artikel erwähnten Schreiben des SPAR-Geschäftsführers sowie der Seilbahnunternehmen aus Lech beantwortet und durch wen erfolgte die Beantwortung?**

Nach meinem Informationsstand wurden die Schriftstücke nicht weiter bearbeitet bzw. beantwortet.

- 3. Wie erklären Sie als Landeshauptmann sowie ÖVP-Obmann und damit auch Verantwortlicher für die Teilorganisationen der ÖVP wie den Wirtschaftsbund, dass dessen damaliger Direktor Anliegen, die mit der Schaltung von Inseraten verknüpft waren, direkt an das Büro des für Wirtschaft zuständigen Landesrates weitergeleitet hat?**
- 4. Wie erklären Sie, dass in den erwähnten Fällen (SPAR und Seilbahnunternehmen) die Inserenten offenbar davon ausgingen, dass Inseratenschaltungen im Magazin des ÖVP-Wirtschaftsbundes Beschlüsse bzw. eine Regierungspolitik zugunsten dieser Unternehmen zur Folge haben sollten?**

Wie bereits erwähnt, wird in den an den Wirtschaftsbund gerichteten Schreiben der Unmut über mangelnde Unterstützung des Wirtschaftsbundes als politische Interessensvertretung kundgetan. Im Übrigen darf hier auf die Beantwortung der Frage 1 verwiesen werden.

- 5. Wie ist der Wortlaut des genannten Schreibens des SPAR-Geschäftsführers?**
- 6. Wie ist der Wortlaut des genannten Schreibens der Seilbahnunternehmer aus Lech und welche Projekte wurden auf der beigefügten Liste genannt?**

Im Rahmen der parlamentarischen Interpellation werden keine Dokumente übermittelt. Es wird wie folgt über die Schriftstücke informiert:

Es wird in den Schreiben in sehr allgemeinem Ton mangelnde Unterstützung durch den Wirtschaftsbund beklagt. In einem Schreiben wird kundgetan, dass das betreffende Unternehmen keine weiteren Schaltungen mehr in der „Vorarlberger Wirtschaft“ vornehmen werde. Als Begründung wird im Wesentlichen „fehlender Rückhalt“ genannt.

Im anderen Fall – hierbei handelt es sich um ein Email – wird zwar die Schaltung eines Inserats in der „Vorarlberger Wirtschaft“ zugesagt, aber ebenfalls generell mangelnde Hilfestellung seitens des Wirtschaftsbundes moniert. Der Absender des Emails listet in weiterer Folge eine Reihe von unterschiedlichsten Projekten bzw. Behördenverfahren auf, bei denen man sich Unterstützung der Interessensvertretung erwarte.

- 7. Gibt es im Landesarchiv weitere veraktete Schreiben, in denen Inserate im Magazin des ÖVP-Wirtschaftsbundes erwähnt werden? Wenn ja, von wem stammen diese, an wen sind sie gerichtet und wie ist ihr Wortlaut?**
- 8. Gibt es darüber hinaus derartige Schreiben an Regierungsmitglieder, die noch nicht archiviert wurden? Wenn ja, von wem stammen diese, an wen sind sie gerichtet und wie ist ihr Wortlaut?**

Die genannten Schriftstücke wurden im V-DOK (Dokumentenmanagementsystem) abgelegt. Des Weiteren wird auf die Bestimmungen des Archivgesetzes verwiesen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass es zu den Aufgaben von Regierungsmitgliedern gehört, Gespräche zu führen bzw. einen Austausch mit verschiedenen Akteuren wie Bürgerinnen und Bürgern, Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, sozialen Einrichtungen, Interessensverbänden, NGO's etc. zu pflegen sowie deren Anliegen aufzunehmen. Hierbei spielt es keine Rolle, ob Anliegen in Form von Schreiben oder im persönlichen Austausch vorgebracht werden. Was bei dieser Fragestellung mit „derartigen Schreiben“ gemeint ist, kann nicht nachvollzogen werden.

- 9. Seit wann wissen Sie von den in Fragen 5, 6, 7 und 8 abgefragten Schreiben?**

Seit einer Medienanfrage vom 6. September 2023.

- 10. In wie vielen Fällen gab es aufgrund von Inseratenschaltungen Interventionen von Unternehmen bei Regierungsmitgliedern bzw. deren Büros in jedweder Form (z.B. Gespräche, Anrufe, Textnachrichten, Briefe, E-Mails etc.), die mit Begehrlichkeiten rund um**

- Betriebserweiterungen verknüpft sind bzw. waren? Von wem gingen diese Interventionen aus und wie haben die entsprechenden Regierungsglieder bzw. deren Büros und Abteilungen in ihrem Verantwortungsbereich sowie die Landesregierung darauf reagiert?**
- 12. Seit wann wissen Sie von den in Frage 10 abgefragten einzelnen Interventionen?**

Siehe Beantwortung Frage 1.

- 11. Aus welchem Grund wurden die Schreiben, die im Artikel der „NEUE am Sonntag“ erwähnt wurden, veraktet? Wer hat diesen Prozess veranlasst?**

Zu den Akten genommen werden Schriftstücke, die der Bearbeiter oder die Bearbeiterin für aktenrelevant hält. Nachdem weder ich noch ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin des Amtes der Landesregierung, sondern ein inzwischen ausgeschiedenes Regierungsglied diese Entscheidung getroffen hat, kann ich diese Frage nicht beantworten.

- 13. In wie vielen Fällen erfolgte aufgrund von Inseratenschaltungen von Unternehmen ein Regierungsbeschluss zugunsten dieser Unternehmen? Mit der Bitte um tabellarische Auflistung und der Dokumentation des Quorums der Abstimmung.**

In keinem Fall. Siehe im Übrigen Beantwortung Frage 1.

- 14. Erfolgte die Abstimmung zur Verkleinerung des Naturschutzgebietes „Gipslöcher“ in der Landesregierung einstimmig? Wenn nein, wie viele Stimmen waren dagegen und auf welche Fraktionen waren die Für- und Gegenstimmen aufgegliedert?**

Der genannte Antrag wurde von der Abteilung IVe – Umwelt und Klimaschutz eingebracht, welche sich zum damaligen Zeitpunkt in der Zuständigkeit von LR Rauch befand. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

- 15. Die Sonderprüfung des ÖVP-Wirtschaftsbundes durch das Unternehmen „BDO“ hat ergeben, dass die Inseratenerlöse des Wirtschaftsbund-Magazins insgesamt die unglaubliche Summe von 4,308 Mio. Euro betragen haben. Schon vor der Bekanntgabe dieser Zahl war der öffentliche Druck bereits so groß, dass Sie am 1. April 2022 als „klare Konsequenz“ angekündigt haben, dass es kein Magazin des Wirtschaftsbundes mehr geben werde. Gerade einmal etwas mehr als ein Jahr später ignoriert der neue Wirtschaftsbunddirektor Christoph Thoma Ihr Versprechen und kündigt an, dass es ein neues Magazin geben werde. Was beurteilen Sie als wichtiger: Dass Sie als Landeshauptmann und ÖVP-Obmann Wort halten und damit eine mögliche**

„Inseratenkorruption“ strukturell ausschließen, oder dass aufgrund der Gier des ÖVP-Wirtschaftsbundes nach weiteren Einnahmen erneut ein Magazin publiziert wird?

Fragen nach Meinungen, Vermutungen und Einschätzungen (politischer Art) sind vom parlamentarischen Interpellationsrecht nicht gedeckt. Dessen ungeachtet hat sich der Wirtschaftsbund inhaltlich und personell neu aufgestellt. In diesem Zusammenhang wurde auch die Zeitung des Wirtschaftsbundes eingestellt.

16. Wie können Sie ausschließen, dass es über Inserate bzw. die Kanäle des ÖVP-Wirtschaftsbundes zu einer indirekten Parteienfinanzierung kommt?

Es wird auf die gesetzlichen Regelungen im Parteienförderungsgesetz (PFG) verwiesen. Vorarlberg hat das strengste Parteienförderungsgesetz in ganz Österreich und klare Transparenzrichtlinien.

17. Wurden die von der „NEUE am Sonntag“ erwähnten Schreiben des SPAR-Geschäftsführers sowie der Seilbahnunternehmen aus Lech im Zuge der Ermittlungen gegen Sie, Landesrat Marco Tittler und Karlheinz Rüdissler an die WKStA übermittelt bzw. ist deren Existenz und Inhalt der WKStA bekannt? Wenn nein, warum nicht?

18. Wurden etwaige Interventionen, die in Frage 10 abgefragt werden, im Zuge der Ermittlungen gegen Sie, Landesrat Marco Tittler und Karlheinz Rüdissler an die WKStA übermittelt bzw. ist deren Existenz und Inhalt der WKStA bekannt? Wenn nein, warum nicht?

Über allfällige laufende Ermittlungen von Justizbehörden kann keine Auskunft erteilt werden.

19. Wurden jene Interventionen, die der genannte Artikel in der „NEUE am Sonntag“ beschreibt sowie allfällig solche, die in Frage 10 abgefragt werden, zur Anzeige gebracht? Wenn ja, von wem und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?

20. Gibt es vonseiten der Landesregierung eine klar definierte und für Regierungsmitglieder und deren Mitarbeitende verbindliche Vorgehensweise, wie mit Begehrligkeiten bzw. Interventionen im Zusammenhang mit Inseraten und Spenden umzugehen ist? Wenn ja, seit wann gibt es diese, wie sieht diese aus und in welchen Fällen und von wem wurde diese Vorgehensweise bereits konkret angewandt? Wenn nein, warum nicht?

Siehe Beantwortung Fragen 1.

21. Der ÖVP-Wirtschaftsbund definiert sich klar als Interessensvertretung seiner (ÖVP-) Mitglieder und betreibt in diesem Zusammenhang für diese auch eindeutig Lobbying. Halten

Sie es angesichts der dokumentierten Möglichkeiten von Interventionen in diesem Ausmaß tatsächlich für vertretbar und vereinbar, dass der Obmann des ÖVP-Wirtschaftsbundes zugleich auch ausgerechnet Landesrat für das Wirtschaftsressort ist?

Ja.

22. Gab es in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 Termine bzw. Gespräche von Regierungsmitgliedern und/oder deren Mitarbeitenden mit Vertreter:innen von SPAR und/oder den bereits erwähnten Seilbahnunternehmen aus Lech? Wenn ja, wann und wo fanden diese Termine bzw. Gespräche jeweils statt, wer hat daran teilgenommen und worin bestand der Inhalt? Mit der Bitte um detaillierte Auflistung.

Es ist erneut darauf hinzuweisen, dass es zu den Aufgaben von Regierungsmitgliedern gehört, Gespräche zu führen bzw. einen Austausch mit verschiedenen Akteuren wie Bürgerinnen und Bürgern, Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, sozialen Einrichtungen, Interessensverbänden, NGO's etc. zu pflegen.

In den von Ihnen angefragten Zeiträumen haben von den Regierungsmitgliedern und/oder deren Mitarbeitende einen Termin mit gefragten Unternehmerinnen und Unternehmern wie folgt absolviert:

Landeshauptmann Wallner:

- 03.11.2016: Termin im Büro LH mit Mag. Guntram Drexel, Spar – es liegen keine inhaltlichen Aufzeichnungen vor.
- 08.02.2019: Termin im Messepark bei Mag. Guntram Drexel - Mag. Drexel informiert Herrn Landeshauptmann über die Mitteilung von Mag. Drexel an die Stadt Dornbirn: Ausarbeitung eines neuen Projekts zur Erweiterung des Messeparks.
- 17.09.2019 Termin im Büro LH mit Bgm. Kaufmann und Mag. Guntram Drexel – es liegen keine inhaltlichen Aufzeichnungen vor.
- 27.09.2019 Termin im Büro LH mit Mag. Guntram Drexel, Bgm. Kaufmann, LStH., WK-Präs. HP Metzler – es liegen keine inhaltlichen Aufzeichnungen vor.

Landesrat Gantner:

20.8.2018: Gesprächstermin im Landhaus mit Vertretern der Spar-Zentrale in Zusammenhang mit der Sondierung einer Nachfolgelösung für den Schlachthof in Dornbirn.

Mit freundlichen Grüßen